

„Aufbruch Bayern.  
Wie geht es weiter in Europa?“  
**Bayerischer Wirtschaftstag**  
27. Juli in Augsburg

## Herausfordernde Zeiten für Europa

### Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der EU wieder gewinnen

Prominenter hätte der Zuspruch kaum sein können: US-Präsident Obama bezeichnete bei seinem letzten offiziellen Besuch in Deutschland die Einigung Europas als „eine der größten politischen Errungenschaften der Neuzeit: Vielleicht muss erst ein Außenstehender, einer, der kein Europäer ist, daran erinnern, wie großartig das ist, was Sie erreicht haben“, so Obama in Hannover. Und auch Papst Franziskus sprach bei der Verleihung des Karlspreises am 6. Mai in Aachen von Europa, „dem geliebten Kontinent“, zu dessen Seele „die Kreativität, der Geist, die Fähigkeit, sich wieder aufzurichten und aus den eigenen Grenzen hinausgehen, gehört.“



*Dr. Angelika Niebler, MdB  
Vorsitzende der CSU-Gruppe im  
Europäischen Parlament und  
Stellvertretende Parteivorsitzende  
der CSU*

Wie zutreffend diese Feststellungen doch sind! Blickt man auf die vielen gegenwärtig ungelösten Probleme, Krisen und

offenen Konflikte in unserer unmittelbaren und mittelbaren europäischen Nachbarschaft, ist es dringender denn je, gemeinsame Lösungen in der Europäischen Union zu finden: Ukraine-Krise, das Drama in Syrien und im Jemen, die Terrorgefahr des sogenannten Islamischen Staats, die Flüchtlingsbewegungen in der Welt oder der Klimawandel.

Doch gerade in diesen herausfordernden Zeiten ist Europa selbst weiter denn je von seiner Bestform entfernt. Und das Vertrauen vieler Menschen in den europäischen Ländern schwindet, dass „die Europäer“ in der Lage sind, die krisenhaften Herausforderungen und harten Bewährungsproben zu bewältigen.

Hat die Europäische Union die Kraft, die Krisen zu meistern? Schaffen wir es, das Vertrauen der Menschen in ein starkes Europa wieder zu gewinnen?

Die Herausforderungen sind gewaltig, denn die Gemengelage ist komplex. Einfache Lösungen gibt es nicht. Die Kraftanstrengungen vieler Beteiligten – Europäisches Parlament, Kommission, Deutschland und einige andere Mitgliedstaaten – sind allerdings auch erheblich.

#### 1. HERAUSFORDERUNG: BREXIT

Am 23. Juni entscheidet Großbritannien über seinen Verbleib in der EU. Ginge es nur um die Abwägung der Vorzüge gegenüber den Nachteilen, die eine EU-Mitgliedschaft für die Briten mit sich bringt, müsste es keinen Grund zur Sorge geben, zumal den Forderungen Camerons z.B. bei den Schutzklauseln für Sozialleistungen, nach mehr Subsidiarität und weniger Bürokratie in der EU und dem Recht UKs, keine weitere Integration mittragen zu müssen, doch nachgegeben wurde. Doch entscheiden diese Fakten?

Die eigentliche Unwägbarkeit liegt, wie in vielen anderen EU-Mitgliedsstaaten auch, in

der allgemeinen politischen Stimmungslage. Das Referendum könnte zum Denkmahl gegen das Establishment und für den innerbritischen Machtkampf (Cameron gegen Johnson) genutzt werden. Ein EU-Austritt der Briten wäre schmerzlich: Großbritannien ist die zweitgrößte Volkswirtschaft in der Europäischen Union. Ein Austritt würde die EU politisch wie auch ökonomisch schwächen. Aber auch für die Insel wären die Folgen schwer kalkulierbar. Die Schotten wollen mehrheitlich in der EU bleiben. Kommt es im Falle des Austritts zu einer neuen Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Schottlands? Die Zukunft des Finanzplatzes Londons wäre ungewiss. Wie immer das Referendum ausgehen wird, es wird

„ EU  
von Bestnoten weit  
entfernt.“

ein knappes Ergebnis erwartet, dessen Analyse nicht nur UK, sondern alle in der Europäischen Union beschäftigen muss.

#### 2. HERAUSFORDERUNG: GREXIT

Monate lang war die Staatsschuldenkrise in >> Seite 2

### FIT FÜR DIE DIGITALISIERUNG!

Sonderkonditionen auf Security-Dienstleistungen für Mitglieder des Wirtschaftsbeirates Bayern

---

CornCode Events  
2. Quartal:

7. Juni: **Crafted Security**  
Maßgeschneiderte Sicherheitskonzepte für Unternehmen

21-24. Juni: **AUTOMATICA 2016**  
Halle 4, Stand 210

---

CornCode GmbH | Industriest. 31, 82194 Grobenzell b. München  
info@comcode.de | www.comcode.de  
T: +49 8142 / 440 2180 | F: +49 8142 / 440 2181



Griechenland vom Umgang mit den Flüchtlingen vor Ort komplett überlagert. Doch nun ist das Thema wieder zurück auf der politischen Agenda. Das Staatsdefizit steigt weiter, die Reformen und die Privatisierungen kommen nur mühsam voran. Allerdings muss man doch attestieren, dass Griechenland durch die Tatsache, dass es bis zum Abschluss des EU-Türkei-Abkommens Hauptziel des Flüchtlingsstroms war, eine zusätzliche Belastung zu schultern hatte. Die Europäische Union hat die Griechen vielfältig unterstützt, so dass sich nach dem Schließen der Balkanroute auch die Situation vor Ort entspannt. Angesichts anderer Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht, gibt es gegenwärtig keinerlei Interesse, einen Grexit zu provozieren. Das Land kann vorerst mit weiterer Hilfe aus der Euro-Gruppe und vom IWF rechnen, um eine gewisse – auch geopolitisch notwendige - Stabilisierung zu erwirken.

### 3. HERAUSFORDERUNG: FLÜCHTLINGSKRISE

Die vordergründige Beruhigung beim Thema „Flüchtlingskrise“ kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die anstehenden Entscheidungen und Weichenstellungen schicksalhaft für den Zusammenhalt der Europäischen Union sein werden. Gegenwärtig sind die Zahlen der an Europas Küsten ankommenden Flüchtlinge rückläufig – insbesondere durch die Schließung der Balkanroute und weiterer europäischer Maßnahmen, die die Sicherung der EU-Außengrenzen verbessern. Die getroffenen Maßnahmen – Einrichtung von Hotspots, Frontex-Einsatz, Nato-Mission im Mittelmeer, Verhandlungen mit der Türkei und den afrikanischen Mittelmeerrainern - werden auch mit Blick auf die zu erwartende Verlagerung der Fluchtrouten in Richtung Italien eine maßgebliche Rolle spielen. Es ist unstrittig: Die Bewältigung der Flücht-

lingskrise kann angesichts der Millionen an Menschen, die auf der Flucht sind, nur international und gesamteuropäisch gelingen, wenn die großen Errungenschaften wie Schengen nicht dauerhaft in Gefahr geraten sollen. Keine Frage: Hier sind Fehler gemacht worden, auch von Seiten der Bundesregierung. Aber Schritt für Schritt werden Lösungen, beispielsweise bei den Flüchtlingskontingenten erzielt. Gegenwärtig mag dies noch sehr ambitioniert klingen, aber gerade die Bewältigung der Flüchtlingskrise wäre dazu angetan, für die gesamte Europäische Union sinnstiftend zu wirken und einen historisch bedeutsamen Schulterschluss zu vollziehen.

### 4. HERAUSFORDERUNG: TÜRKEI

Der türkische Präsident Erdogan ist für die Europäische Union bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ein wichtiger Gesprächspartner. So macht auch eine finanzielle Unterstützung der Türkei, die über zwei Millionen Flüchtlinge bereits aufgenommen hat, sowie eine enge Zusammenarbeit bei der Grenzsicherung Sinn. Politische Rabatte bei der Frage der Mitgliedschaft der Türkei in der EU und bei der Visaliberalisierung darf es jedoch nicht geben. Vorbehalte gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU werden täglich bestätigt: Der geplante Ausbau des Präsidialsystems durch Erdogan, die ostentative Verletzung von Grundrechten wie der Pressefreiheit sowie sein juristischer Feldzug gegen deutsche Medienvertreter sind eine permanente Provokation. Und als ebensolche sollte sie auch behandelt werden. In den Kernfragen – Visaliberalisierung und EU-Vollmitgliedschaft – darf es keine Rabatte geben. Das täte weder Europas Glaubwürdigkeit gut noch seiner Verhandlungs-

position gegenüber der Türkei, die jetzt Selbstbewusstsein und Stärke ausstrahlen muss. Denn auch Erdogans Spielräume sind begrenzt: Wirtschaftlich, innenwie außenpolitisch steht er mit dem Rücken an der Wand.

### 5. HERAUSFORDERUNG: VORMARSCH DER POPULISTEN

In einer Vielzahl von Mitgliedsstaaten – bedauerlicherweise auch in Deutschland – erhalten vor allem Rechtspopulisten immer mehr

Zuspruch. Die Ursachen sind unterschiedlich, doch alle eint: Sie versammeln die mit dem politischen Establishment Unzufriedenen hinter sich. Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Eine Antwort darauf kann ein Blick nach Bayern geben, wo die Umfragewerte der Populisten deutlich geringer sind. Zum einen erlebt die Bevölkerung, dass die Bayerische Staatsregierung bei den wesentlichen Themen nicht nur Handlungsfähigkeit zeigt und auf anstehende Probleme reagiert, sondern bei der Behandlung der anstehenden politischen Themen den Bedürfnissen und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger jeweils sehr nahe ist und ihnen Rechnung trägt.

### 6. VERHÄLTNIS ZU RUSSLAND

Angesichts der fundamentalen Fragen auf der internationalen Agenda, allem voran im Ringen um eine Lösung des Syrien-Konflikts, die zugleich ein Schlüssel zur Überwindung der Fluchtur-

sachen wie auch zur Bekämpfung des IS-Terrors wäre, steht die Europäische Union vor der Frage, inwieweit eine Rückkehr zu einer Beziehung auf Augenhöhe mit Russland und Präsident Putin verantwortlich wäre. Der weiterhin ungelöste Ukraine-Konflikt und das schlagartige Zerwürfnis mit der Türkei unterlegen jedoch, wie schwierig es ist, Russland als belastbaren Gesprächspartner zurückzugewinnen, so groß die Notwendigkeit auch sei.

### FAZIT

Die anstehenden Herausforderungen wiegen schwer und sind von grundlegender, um nicht zu sagen existenzieller Bedeutung und Tragweite. Schwarzmalerei und das Ausrufen des vorzeitigen Endes der EU wären dennoch verfehlt. Seien wir ehrlich: In der Tat sind wir seit Jahren in der EU im Krisenmodus. Aber es geht voran: Bei der Stabilisierung unserer Währung, bei der gemeinsamen Asylpolitik, bei mehr gemeinsamem Wirken in der Außenpolitik, wie der Deal mit dem Iran zeigt.

Die Europäische Union ist nicht nur historisch eine Erfolgsgeschichte, sondern liefert aufgrund ihres demokratischen Fundaments, ihres wirtschaftlichen Gewichts und ihrer einzigartigen politischen Integrationsfähigkeit alle Voraussetzungen für einen globalen Player. Insoweit ist dem Papst wie auch Präsident Obama zuzustimmen.



**Dr. Angelika Niebler, MdEP**  
Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

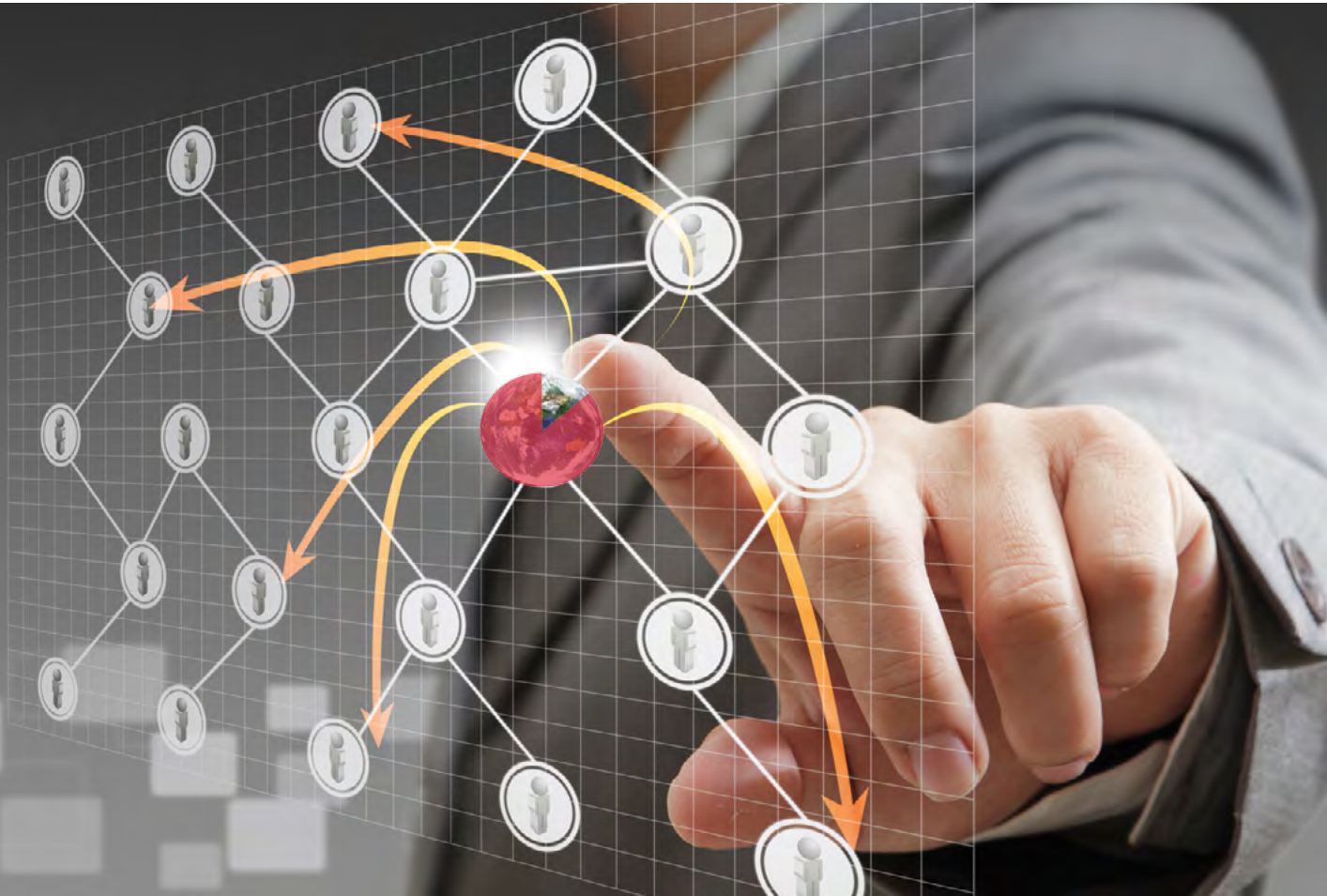
## Impressum

**Herausgeber:** Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, www.wbu.de, T: 089 2422860, F: 089 291518  
**V.i.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann – **Redaktionsschluss:** 17.05.2016  
Für die Inhalte der Leitartikel sind ausschließlich die Autoren verantwortlich – **Gesamtproduktion/Anzeigen:** Weltbuch Verlag | ddmedia, T: 0351 4794244, www.ddmedia.info – **Layoutkonzeption:** Gerd Ortner Werbung GmbH, www.ortner-werbung.de








zuhören > verstehen > lösen



Seit **1998** entwickeln wir als Softwarehaus **Onlineportale** und **mobile Applikationen** und komplettieren diese mit der **Abbildung von individuellen Geschäftsprozessen**.

**Wir verfügen über langjährige Kundenerfahrungen in folgenden Branchen:**

- |   |   |
|---|---|
|  Automobilindustrie                |  Maschinenbau  |
|  Banken und Finanzdienstleister    |  Krankenkassen |
|  soziale/öffentliche Einrichtungen |  Medien        |
|  Sport und Freizeit                |  Handel        |

# Bankenregulierung

## Warum sie längst ein Mittelstandsthema ist

Die Wirtschaft in Bayern brummt. Das ist nicht zuletzt den gut 600.000 kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Freistaat zu verdanken. Sie trotzen der widrigen konjunkturellen Lage in Europa, investieren, schaffen Arbeitsplätze und erweisen sich damit einmal mehr als Stabilitätsanker. Das Erfolgsrezept: ein wettbewerbsfähiges Geschäftsmodell und eine solide Finanzlage. Zu letzterer tragen insbesondere die Regionalbanken bei, indem sie zuverlässig die Kreditversorgung vor Ort sicherstellen.



Jürgen Gros  
Vorstand des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB)

Also alles in bester Ordnung? Schön wär's. In der aktuellen wirtschaftlichen Schönwetterperiode hat kaum jemand im Blick, welche Gefahren der Realwirtschaft in Bayern durch falsche Ansätze in der europäischen Bankenregulierung drohen. Im Klartext: Das bewährte Zusammenspiel von Mittelstand und Hausbanken wird durch immer neue Ideen der Regulatoren torpediert. Und das wird sich unmittelbar auf die Finanzierung der Unternehmen auswirken. Wenn nicht umgesteuert wird, ist nicht nur eine Verknappung und Verteuerung von Krediten zu befürchten. Auch die langfristige Finanzierungskultur in Deutschland, ein Garant für Planungssicherheit und Stabilität, steht auf der Kippe.

### BETRIEBE BEVORZUGEN KREDITE

Beginnen wir mit einem Kernproblem: Bürokraten in Brüssel

oder London ignorieren konsequent die mittelständischen Wirtschaftsstrukturen hierzulande. Bestes Beispiel dafür ist die Kapitalmarktunion: Mit ihr will die EU-Kommission die Unternehmensfinanzierung eigentlich erleichtern und so mehr Wachstum und Beschäftigung schaffen. Doch leider wird das Projekt den Bedürfnissen der bayerischen Betriebe nicht gerecht. Denn Brüssel fokussiert sich darauf, Kapitalmarktinstrumente wie Anleihen zu fördern. Doch das bringt KMUs wenig: Der durchschnitt-

liche Kreditbedarf eines Firmenkunden der Volksbanken und Raiffeisenbanken im Freistaat liegt bei 130.000 Euro. Bei einer solchen Größenordnung ist der Kapitalmarkt keine Alternative. Was die Unternehmer mit Recht einfordern, sind die für sie günstigeren und flexibleren Bankkredite.

Muss die EU-Kommission überhaupt derart dirigistisch in den Markt eingreifen? Oder sollten Unternehmen nicht selbst über Finanzierungsfragen entscheiden? Und: Sollte die Kommission nicht besser die bewährte Kreditfinanzierung stärken, anstatt sich auf die Kapitalmärkte zu konzentrieren?

### VERHEEREND FÜR DAS INVESTITIONSKLIMA

Das sollte sie. Doch während die Regeln für kapitalmarkt-basierte Finanzierungen gelockert werden, wird die Kreditvergabe durch neue Vorschriften pers-

pektivisch erschwert. Das betrifft etwa die Reform des Kreditrisikostandardansatzes, die Hinterlegung von Zinsänderungsrisiken mit mehr Eigenkapital oder Vorgaben für eine laufzeitkongruente Refinanzierung. Das heißt, Darlehen sollen mit Einlagen refinanziert werden, die den Banken mindestens für die Dauer der Kreditvergabe zur Verfügung stehen. Im Kern würden diese Pläne Firmenkundenkredite erheblich verteuern und zu einer Verkürzung der Laufzeiten führen. Zudem würden Prolongations- und Zinsänderungsrisiken von den Banken auf die Unternehmen verlagert. Für das Investitionsklima ist das verheerend, ganz zu schweigen von den negativen Konsequenzen für Wachstum und Beschäftigung.

Ein weiterer Hemmschuh für die Mittelstandsfinanzierung: Bürokratie. Als gäbe es davon nicht schon genug, bringt die EZB mit der Kreditdatenbank AnaCredit gerade ein „Meldemonster“ auf den Weg, das seines Gleichen

## „Finanzierungshindernisse beiseite räumen“

sucht. Die Zentralbank verlangt, dass Banken im Euroraum spätestens 2018 bei Firmenkrediten ab 25.000 Euro rund 100 Kreditmerkmale von ihren Kunden abfragen und in das neue Register einspeisen. Für diesen Datenhunger werden am Ende die Unternehmen geradestehen. Sie müssen für zig Millionen Darlehen Informationen liefern, die tiefe Einblicke in ihre Bücher zulassen. Zudem werden wiederum die Banken nicht umhin kommen, zumindest einen Teil der ihnen für die Meldepflichten entstehenden Kosten umzule-

gen. Ein ebenso teurer wie nutzloser Datenfriedhof entsteht.

### QUALITÄTSKONTROLLEN FÜR NEUE MASSNAHMEN

Bürokratische Zusatzlasten dieser Art und die Pläne für steigende Eigenkapitalanforderungen werden früher oder später negativ auf die Wirtschaft durchzuschlagen. Politik und Regulierer müssen diese Gefahr ernst nehmen. Einige Akteure tun das bereits: Zumindest haben sich das Europäische Parlament und der Bundestag dafür ausgesprochen, Regulierungsmaßnahmen stärker auf ihre Qualität hin zu überprüfen. Das Bundesfinanzministerium setzt sich dafür ein, die Anforderungen für Regionalbanken verhältnismäßiger zu gestalten.

Jetzt wird es allerdings höchste Zeit, den Worten Taten folgen zu lassen. Unternehmen und Banken brauchen prägnante Regeln, kein bürokratisches Kleinklein. Hindernisse für die Finanzierung der Realwirtschaft müssen beiseite geräumt werden. Und für neue Regulierungsmaßnahmen müssen strengere Qualitätskontrollen durchgeführt werden. Dazu zählt, sich vorab Gedanken zu machen über mögliche Auswirkungen und das Zusammenwirken mit anderen Vorschriften. Nur dann können die Regionalbanken ihre Rolle als Finanzintermediäre ausfüllen und den Mittelstand dabei unterstützen, Bayerns führende Position in Europa zu sichern – indem sie für Wachstum und Beschäftigung sorgen.

Jürgen Gros  
Vorstand des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB)





## 18. April – Ausschuss Umweltpolitik

Zu Gast im Umweltausschuss: die Leiterin des Regionalen Klimabüros München des Deutschen Wetterdienstes, Gudrun Mühlbacher. Die Dipl.-Meteorologin referierte unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden Dr. Willi Kleine anhand einer Fülle von Daten und Fakten über den Klimawandel in Bayern. Die seit Jahren beobachtbare Erwärmung kam dabei ebenso zur Sprache wie die künftigen Niederschlagsmengen und die Schneesicherheit in den Alpenregionen. In der Diskussion spielte vor allem auch das Thema „Auswirkungen auf den Wald“ eine Rolle.



Foto (GG) v.l.n.r.: Gudrun Mühlbacher, Dr. Willi Kleine

## 18. April – Bezirk Bayreuth

Auftaktveranstaltung unter der Leitung des neuen Vorsitzenden Dr. Wolfgang Meyer, Geschäftsführer der Porzellanfabrik Walküre. Präsident Dr. Wiesheu stellte Dr. Meyer, der dem verstorbenen Rainer Markgraf nachgefolgt ist, als neues Gesicht des Wirtschaftsbeirats in der Region vor, erläuterte kurz die Rolle und die Aufgaben des WBU und ging danach auf die aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen ein. Die Begrenzung und Integration der Flüchtlingsflut

war ebenso Thema wie die Energiewende und die Geldpolitik der EZB.



Foto v.l.n.r.: Prof. Dr. Stefan Leible (Präsident der Universität Bayreuth), Dr. Otto Wiesheu, Dr. Wolfgang Meyer

## 21. April – Bezirk Ingolstadt

Bezirksvorsitzender Eduard Kastner hatte zu zwei unterschiedlichen Themen in die Alte Reitschule Ingolstadt (VHS) eingeladen. Dr. Reinhard Brandl, MdB, Mitglied im Haushalts- und Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags ging auf die anstehenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen im Deutschen Bundestag ein. Dieter Seehofer, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Ingolstadt, berichtete über die Fusion der Sparkassen Ingolstadt und Eichstätt. Er machte dabei deutlich, dass es sich um keine aus der Not geborene Fusion handele, sondern um das Zusammengehen zwei starker Partner.



Foto v.l.n.r.: Dieter Seehofer, Eduard Kastner, Dr. Reinhard Brandl

## 27. April – Junger Wirtschaftsbeirat

Um das gegenseitige Verständnis zwischen Politik und Wirtschaft zu fördern, führte der Junge Wirtschaftsbeirat auch in diesem Jahr die Veranstaltung „Mit Politikern

im Dialog – Werkstattbesuch im Landtag“ durch. Die Teilnehmer konnten Abgeordnete im Rahmen eines Sitzungstages im Landtag persönlich begleiten und erhielten so einen Einblick in die politischen Abläufe.



Foto: Landtagspräsidentin Barbara Stamm (2.v.l.), Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer (4.v.l.)

## 29. April – Bezirk Ansbach/Westmittelfranken

Auf erfreulich große Resonanz stieß auch die jüngste Veranstaltung des Bezirks Westmittelfranken gemeinsam mit der Sparkasse Rothenburg. Vorsitzender Fritz Gempel hatte die Staatssekretärin a.D. und Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Deutschen Bundestag, Dagmar Wöhrl, eingeladen. Nach Grußworten von Bürgermeister Dieter Kölle und Sparkassenvorstand Dieter Mai referierte Wöhrl aus eigener unmittelbarer Anschauung über die schwierige Lage der Flüchtlinge in den Krisenregionen und über die Bekämpfung der Fluchtursachen. Wie zu erwarten schloss sich eine rege Diskussion an.



Foto v.l.n.r.: Fritz Gempel, Dagmar Wöhrl, Dieter Mai

## 10. Mai – Ausschuss für Tourismus

„Bier in Bayern -500 Jahre Reinheitsgebot“ – so das Thema der diesjährigen Landesausstellung des Hauses der Bayerischen Geschichte im niederbayerischen Aldersbach, einer der Hochburgen des Barocks, bekannt auch durch seine Brauerei, deren Geschichte bis in das >> Seite 6



## US-Präsidentschaftswahl in der heißen Phase

Gastreferent: Prof. Dr. rer. pol. Boris Vormann, John F. Kennedy Institut Berlin, Mit-Herausgeber „Handbuch Politik USA“.



13.10.2016 • 19:30 Uhr

Dresden, Coselpalais, Festsaal  
An der Frauenkirche 12

Dresden *Gespräche*

Anmeldung unter: [www.dresdengespraech.de](http://www.dresdengespraech.de)



Jahr 1268 zurückreicht. Der Tourismusausschuss von Robert Salzl hatte dies zum Anlass genommen, sich vor Ort im Kultur- und Begegnungszentrum mit der touristischen Attraktivität dieses „Events“ in mehreren Referaten zu befassen. Die Teilnehmer genossen vorab die Gastfreund-

schaft der Familie von Aretin im Bräustüberl bei Brotzeit und Bier. An die Vorträge schloss sich eine Führung durch die hervorragend gemachte Landesausstellung in der alten Brauerei an – für jeden Bier- und Bayernliebhaber ein Muss. Die Fahrt dorthin lohnt sich.



Foto (GG), v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann (Generalsekretär), Robert Salzl (Vorsitzender des Ausschusses Tourismus), Harald Mayrhofer (1. Bürgermeister der Gemeinde Aldersbach), Dr. Michael Braun (Vorstand Tourismusverband Ostbayern e.V.), Ferdinand Freiherr von Aretin (Direktor der Brauerei Aldersbach), Adam Freiherr von Aretin (Komplementär der Brauerei Aldersbach), Rudi Fellner (Vorsitzender des Bezirks Passau), Raimund Kneidinger (Stellvertreter des Landrats Passau)

## 12. Mai – Ausschuss für Europapolitik und Ausschuss für Außenwirtschaft

Am 23. Juni entscheiden die Briten über „Brexit“ oder „Bre-main“. Für Großbritannien selbst, aber auch für die Europäische Union und für uns steht dabei sehr viel auf dem Spiel. Dr. Ingo Friedrich, Vorsitzender des Europaausschusses, und Dr. Stefan Weingartner, Vorsitzender des Außenwirtschaftsausschusses, hatten deshalb gemeinsam

David McAllister, MdEP, Vizepräsident der Europäischen Volkspartei (EVP) und Mitglied des EVP-Fraktionsvorstands zu einem Vortrag über „Die Zukunft Großbritanniens in Europa“ eingeladen. McAllister beeindruckte nicht nur als großer Kenner der „britischen Seele“, sondern auch als leidenschaftlicher Europäer. Bemerkenswert u.a. seine Ausführungen über die Zerreißproben, auf die Großbritannien durch einen knappen Wahlaus-

gang pro oder contra Exit gestellt würde.



Foto (GG) v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Dr. Stefan Weingartner, David McAllister, Dr. Ingo Friedrich

## 12. Mai – Bezirk Jurakreis

„Neumarkter Wirtschaftsgespräch“ – eine Gemeinschaftsveranstaltung von IHK Gre-

mium, Wirtschaftsjuvenoren Neumarkt und Staatssekretär Albert Füracker, unterstützt durch den Bezirk Jurakreis des Wirtschaftsbeirats mit seinem Vorsitzenden Gerd Ortner. In den Räumlichkeiten des Bauunternehmens Max Bögl als Redner zu Gast: Wirtschaftsbeiratspräsident Dr. Otto Wiesheu und Prof. Dr. Wolfgang Dorner vom Technologie Campus Freyung. Während Wiesheu den großen Bogen über die aktuellen Probleme Deutschlands und Europas schlug, referierte Dorner über die Auswirkungen von Hochschuleinrichtungen auf die Wirtschaft in einer Region.



Foto v.l.n.r.: Vorsitzender Bezirk Jurakreis Gerd Ortner, Wirtschaftsjuvenoren-Vorsitzender Lukas Wolte, Dr. Otto Wiesheu, Gastgeber Michael Bögl, Staatssekretär Albert Füracker, IHK-Präsident Gerhard Witzany

## Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder



KPMG AG, München

Dr. Karsten Schween, Schween Strategie Beratung GmbH, Amerang  
Hotel-Gasthof Goldener Greifen, Ursula Milferstädt, Rothenburg



Kaffeemaschinen  
Kaffeautomaten  
Snackautomaten  
Getränkeautomaten  
Fotoautomaten



# zoells.de GmbH

## rund um die Uhr



Kapell-Leite 2

90579 Langenzenn

Tel. 09101/909390





Dr. Jürgen Hofmann,  
Generalsekretär

„Transatlantische  
Wirtschaftsbeziehungen fördern.  
«Brexit» statt  
«Brexit»“

Sehr geehrte, liebe Mitglieder  
des Wirtschaftsbeirats,

die stetig zunehmende Europäisierung und Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens seit dem zweiten Weltkrieg war und ist bis zum heutigen Tag einer der großen Motoren von Wachstum und Wohlstand. Internationaler Handel ist kein Nullsummenspiel, bei dem die eine Volkswirtschaft nur das gewinnen kann, was die andere verliert. Er eröffnet vielmehr allen Beteiligten die Chance zu profitieren. Deutschland ist dafür ein Paradebeispiel, Bayern noch mehr. Was wären wir ohne unsere starke Einbindung in den Europäischen Binnenmarkt, in die globale Arbeitsteilung, ohne die beschäftigungssichernden Exporterfolge unserer Industrie auf den Weltmärkten, ohne die Investitionen und Innovationen ausländischer Firmen bei uns, ohne das breite Angebot an Gütern und Dienstleistungen von Produzenten jenseits der Grenzen? Um ein Vielfaches ärmer. Man muss das Rad in einem Gedankenexperiment ja nur einmal Schritt

für Schritt zurückdrehen: die EU wird autark, Deutschland verlässt die EU, Bayern tritt aus der Bundesrepublik aus, Franken trennt sich von Bayern usw. bis hin zur Subsistenzwirtschaft in der Steinzeit. Offenkundig ist das nicht der Weg ins Paradies.

Globalisierungskritik, Kritik an der Weiterentwicklung und Vertiefung des Europäischen Binnenmarktes hat es trotzdem schon immer gegeben. Forderungen nach einer konsequenten Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe sind nicht neu. Ebenso wenig Experimente mit lokalem Geld. Im Mainstream lagen diese Meinungen freilich lange Zeit nicht. Das hat sich geändert. Mittlerweile bläst den Protagonisten eines freien internationalen Handels der Wind aus diversen Ecken immer stärker ins Gesicht – keine erfreuliche Entwicklung.

Die 9. multilaterale Welthandelsrunde der WTO, die 2001 in Doha eingeleitet wurde, ist nach wie vor nicht abgeschlossen. Die Ratifizierung des ersatzweise zwischen EU und Kanada ausverhandelten bilate-

ralen Handelsabkommens CETA wackelt. Die Widerstände gegen das mit großen Erwartungen gestartete Handels- und Investitionspartnerschaftsabkommen mit den USA (TTIP) werden immer größer – beim Exportwettbewerb Deutschland paradoxer Weise in besonderem Maße. Aber auch jenseits des Atlantiks lassen die wirtschaftspolitischen Programme der Präsidentschaftskandidaten keinerlei Begeisterung für TTIP erkennen. Im Gegenteil: Donald Trump und Bernie Sanders propagieren einen für uns hoch problematischen isolationalistischen Kurs. Bemerkenswert ist, dass sich die Befürchtungen auf beiden Seiten des „Großen Teichs“ ähneln.

Zum Stand der Verhandlungen nur drei Bemerkungen: 1. Verhandlungsziele, die die US-Seite in durchgestochenen internen Papieren formuliert hat, sind noch kein Verhandlungsergebnis. Die Forderung nach völliger Verhandlungstransparenz auf beiden Seiten ist naiv. Ihre Befürworter lassen sich selbst in aller Regel auch nicht in die eigenen Karten schauen. 2. Wir haben keinen Grund, uns bei den Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherstandards den Amerikanern turmhoch überlegen zu fühlen. Vieles ist dort ähnlich streng reguliert, in einigen Bereichen sogar strenger. Das Stichwort „Abgasvorschriften“ möge genügen. 3. Natürlich wird die angestrebte gemeinsame Fortentwicklung von Standards die nationalen politischen Handlungsspielräume künftig ein Stück weiter einengen. Das Thema ist uns freilich schon

aus der europäischen Binnenmarktpolitik bekannt. Die Chance: die Welt auch im 21. Jahrhundert nach westlichen Wertvorstellungen gestalten zu können. Europa wird das nicht allein schaffen, Deutschland schon gar nicht.

Auch innerhalb Europas gewinnen nationalistische Strömungen an Boden, nehmen die Fliehkräfte zu. Als größtes Damoklesschwert hängt gegenwärtig die Volksabstimmung über den Verbleib („Brexit“) oder Austritt („Brexit“) Großbritanniens am 23. Juni über der EU. Für beide Seiten stünde bei einem Brexit enorm viel auf dem Spiel. Die Folgen wären unkalkulierbar. Es geht um den Handel mit einem unserer stärksten Wirtschaftspartner. Es geht um Investitionen diesseits und jenseits des Kanals. Es geht um einen Verbündeten in vielen europapolitischen Fragen. Gewinner wären wir mit Sicherheit nicht. Ich möchte deshalb eine Bitte an Sie weiterleiten, die der frühere niedersächsische Ministerpräsident und heutige Vizepräsident der Europäischen Volkspartei David McAllister am Ende einer leidenschaftlichen Rede über die „Zukunft Großbritanniens in Europa“ an uns gerichtet hat: Beschwören Sie Ihre Verwandten, Freunde und Geschäftspartner, am 23. Juni zur Wahl zu gehen. Ich habe damit bereits begonnen. Es kommt auf jede Stimme an.

Herzlichst  
Ihr  
Jürgen Hofmann

## Wenn Sie gesehen werden wollen müssen Sie sich zeigen!



Anzeigen im »Kompass« des WBU. Schon ab 260 €.  
Mehr: [www.weltbuch.com/media/anzeigen/kompass](http://www.weltbuch.com/media/anzeigen/kompass)



**6. Juni, Schwangau**

Bezirk Kaufbeuren/Ostallgäu: Regionaler Wirtschaftstag mit Dieter Lange, Consulting Coaching Training

**8. Juni, München**

Ausschuss für Außenwirtschaft gemeinsam mit UMU e.V.: Thomas Karl Neisinger, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kuba, „Kuba – Insel im Aufbruch – Chancen für Bayerns Wirtschaft“

**9. Juni, Leipzig**

Ausschuss für Mittelstandspolitik mit Wirtschaftsrat Deutschland – Landesverb. Sachsen: Bayerisch-Sächsischer Wirtschaftskonvent mit Dr. Andreas Goerdeler, Unterabteilungsleiter Bundesministerium für Wirtschaft und Energie; Ildar Iliysov, Beirat Deutsch-Russische Wirtschaftsallianz; Ministerialrat Dr. Stefan Wimbauer, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie; Dr. Jasmin Katrin Gröschl, ifo Zentrum für Außenwirtschaft, „Der Mittelstand und aktuelle globale Herausforderungen“

**9. Juni, Würzburg**

Bezirk Würzburg/Schweinfurt gemeinsam mit der Autohaus Spindler GmbH: Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL, Bayerischer Staatsminister der Justiz, Vertreter Audi AG, „Autonomes Fahren – Wie weit ist die Technik? Vor welchen Herausforderungen steht die Politik?“

**16. Juni, München**

Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft: Dr. Bernd Montag, CEO Siemens Healthineer, „Zukunftsentwicklungen in der Medizintechnik – Was erwartet uns an Fortschritt“

**21. Juni, München**

Ausschuss für Finanzmärkte: Isabel Schnabel, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Professorin für Finanzmarktökonomie an der Universität Bonn, „Die Niedrigzinspolitik der EZB: Rettung von Europa oder Enteignung der Sparer?“

**23. Juni, Tittmoning**

Bezirke Berchtesgadener Land/ Traunstein, Inn Salzach, Passau: Sommerempfang der südostbayerischen Bezirke, Dr. Wilfried Haslauer, Landeshauptmann des Landes Salzburg, „Salzburg-Südostbayern: eine geschichts- und zukunftsstrahlende Region“

**Neu****28. Juni, München**

Ausschuss für Energie und Rohstoff-

politik: Dr. Egon Westphal, Vorstandsmitglied Bayernwerk, „Digitalisierung der Energiewirtschaft – neue Chancen – neue Risiken“

**29. Juni, München**

Junger Wirtschaftsbeirat: Dr. Mark Speich, Geschäftsführer Vodafone Stiftung Deutschland gGmbH, „Bildung für den Arbeitsmarkt der Zukunft“

**30. Juni, Memmingen**

Bezirk Memmingen/Unterallgäu: Dr. Walter Gillner, Geschäftsführer viception GmbH & Co. KG, „Digitale Transformation – und was jetzt?“

**4. Juli, München**

Bezirk München und AK Unternehmenssicherheit: Staatsminister Joachim Herrmann, MdL, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr; Markus Geier, Beirat des Sicherheitsnetzwerkes München; Dr. Walter Schlebusch, Sprecher der Wirtschaft der Themen-Plattform IT-Sicherheit des Zentrums Digitalisierung Bayern, „Digitale Sicherheit – Das Ende der Sorglosigkeit“

**Neu****6. Juli, Augsburg**

Bezirk Augsburg/Nordschwaben: Besuch MT Aerospace mit Staatssekretär Franz Josef Pschierer, MdL, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

**8. Juli, Frauenchiemsee**

Bezirk Berchtesgadener Land/ Traunstein gemeinsam mit dem Bund Katholischer Unternehmer: Frauenwörter Gespräche mit H.H. Bischof Dr. Rudolf Voderholzer, Bistum Regensburg, „Christliche Identität zeigen!“

**12. Juli, München**

Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft: Prof. em. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup, „Die Gesundheitswirtschaft im demografischen Wandel“

**Neu****13. Juli, München**

Arbeitskreis Unternehmenssicherheit: Hubertus Andrä, Polizeipräsident Landeshauptstadt München

**Neu****15. Juli, Bad Tölz**

Bezirk Oberland: „TTIP – Wahnsinn oder Chance?“

**Neu**

**18. Juli, München** Ausschuss für Umweltpolitik: Prof.

Dr. Christian Laforsch, Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften, Lehrstuhl für Tierökologie

an der Universität Bayreuth, „Kunststoffe in Gewässern“

**Neu****20. Juli, München**

5. Alpenblicke – Ausschuss für Medienpolitik: Ulrich Wilhelm, Intendant des BR

**Neu****22. Juli, Würzburg**

Bezirk Würzburg/Schweinfurt: Kamingespräch

**Neu****25. Juli**

Arbeitskreis Wirtschaft und Kirchen gemeinsam mit der Eugen-Biser-Stiftung: Jesuitenpater Peter Balleis, Flüchtlingsbeauftragter der Jesuiten, „Die Flüchtlingsdebatte – ethisch-moralische Anmerkungen“

**27. Juli, Augsburg**

Bayerischer Wirtschaftstag mit Reden von Ilse Aigner, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, und Dr. Angelika Niebler, MdEP, Vorsitzende der CSU-Europagruppe, anschließend Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Martin Selmayr, Kabinettschef des Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker, Prof. Dr. Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Prof. Dr. Franz Christoph Zeitler, Bundesbankvizepräsident a.D., und Dr. Andreas Kopton, Präsident IHK Schwaben, Moderation: Stefan Stahl, Augsburger Allgemeine, „Aufbruch Bayern. Wie geht es weiter in Europa?“

**Neu****8. August, Schweinfurt**

Bezirk Würzburg/Schweinfurt: Kamingespräch

**10. August, München**

Bezirk München: Sommerlounge

**Neu****21. September, München**

AK Ordnungspolitik und Ausschuss für Sozial und Arbeitsmarktpolitik: Prof. Dr. Franz Ruland, ehem. Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger

**Neu****23. September, München**

Forum Berlin: Dr. Michael Meister, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, „Stabilität in den Finanzmärkten“

**Neu****26.-27. September, Brüssel**

Forum Brüssel: Delegationsreise nach Brüssel

**Neu****27. September, Bad Reichenhall**

Bezirk Berchtesgadener Land/Traunstein: Dr. Jürgen Gros, Vorstand des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V., „Warum Bankenregulierung längst ein Mittelstandsthema ist!“

**Neu****5. Oktober, Burghausen**

Bezirk Inn/Salzach: Werksbesuch bei Wacker-Chemie AG mit Staatsministerin Ulrike Scharf, MdL, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

**Neu****6. Oktober, München**

Ausschuss für Industrie, Technologie und Innovationen: „Robotics und künstliche Intelligenz“

**Neu****12. Oktober**

Junger Wirtschaftsbeirat und Ausschuss für Bildung und Wissenschaften: Stefan Müller, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung

**Neu****13. Oktober, Ingolstadt**

Bezirk Ingolstadt: Dr. Christian Lösl, Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt, „Aktuelle und mittelfristige Projekte und Entwicklungen der Stadt Ingolstadt“

**Neu****13. Oktober, München**

Ausschuss für Finanzmärkte: Markus Ferber, MdEP, Vorsitzender der CSU-Europagruppe und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, „EU-Finanzmarktregulierung – Was muss noch kommen, was ist überflüssig?“

**14.-15. Oktober, St. Englmar**

Arbeitskreis Kirchen: Klosterwochenende

**24. Oktober**

Bezirk Weiden/Nordoberpfalz: Kamingespräch mit Bundes- und Landtagsabgeordneten der Region, „Nordbayern 4.0“

**25.-28. Oktober**

Bezirk Passau: Reise „Passauer Herbst“

**Neu****2. November, München**

Ausschuss für Wirtschaftspolitik

**10. November, Gurten (Österreich)**

Bezirk Passau mit GeoComPass, Besuch der Fa. Fill

**28. November, München**

Generalversammlung

